
FORUM: Solidarität in einer entsolidarisierten Gesellschaft

Warnfried Dettling: Die Selbstentmächtigung der Solidarität

Dr. Warnfried Dettling, geboren 1943 in Kuppenheim/Baden, lebt als freier Publizist in München. Er ist Mitgesellschafter des WiSo-Instituts für Wirtschaft und Soziales in Berlin.

Zwei Entwicklungen verändern gegenwärtig nicht nur den Sozialstaat, sondern die Architektur und die Ökologie des Sozialen insgesamt: Die eine bestimmt als *Spardebatte* die öffentliche Auseinandersetzung und beansprucht als *Abbau bzw. Umbau des Sozialstaates* die öffentliche Aufmerksamkeit. Sie konzentriert sich auf die Frage: Welche finanziellen Leistungen und welche sozialen Rechte sollen für welche Gruppen in welchen Situationen wieder eingesammelt werden, weil in Zeiten knapper Kassen dafür die finanziellen Ressourcen fehlen? Gegen diese Entwicklung versuchen die Gewerkschaften und die SPD Widerstand - und gesellschaftliche Solidarität zu mobilisieren.

Die andere Entwicklung läuft hinter dem Rücken der gewerkschaftlichen und der öffentlichen Aufmerksamkeit ab. Diese Entwicklung wird die Bedingungen der Möglichkeit künftiger Solidarität sehr viel nachhaltiger verändern, wenn sie einfach so weitergeht. Man kann sie als *Selbstentmächtigung der klassischen Träger der Solidarität* beschreiben. Zu dieser Entwicklung tragen die SPD und die Gewerkschaften wider ihre eigene Absicht bei - durch die Art und Weise, wie sie auf die Sparbeschlüsse der Bundesregierung immer wieder reagieren. Vereinfacht gewiß und auch etwas ungerecht läßt sich die Tendenz so zuspitzen: Die einstmals progressiven Kräfte der Gesellschaft verwandeln sich mehr und mehr in strukturkonservative Bewahrer des Status Quo. In der Vergangenheit haben die traditionellen Agenten gesellschaftlicher Moral¹ wie zum Beispiel die Kirchen, die Arbeiterbewegung und

¹ Der Begriff „gesellschaftliche Moral“ meint, in der klassischen Tradition des politischen Denkens, Kriterien, Verfahren und Inhalte einer *guten* Gesellschaft; „individuelle Moral“ meint hingegen Kriterien und Maximen einer guten individuellen Lebensführung.

die Wohlfahrtsverbände gewiß auch, als Lobby in eigener Sache, ihre eigenen Interessen im Sinn gehabt, ihre gesellschaftliche Wucht freilich haben sie dadurch erhalten, daß sie diese Interessen stets auf das gemeinsame Interesse aller transzendiert haben, auf die Frage nach einer besseren, gerechteren Gesellschaft. Gegenwärtig sind sie dabei, zu Bewahrern der Verhältnisse zu werden, so wie sie nun einmal geworden sind. Wenn Deutschland reich an Besitzständen, aber arm an sozialer und gesellschaftlicher Dynamik ist, dann ist das *auch* ihr Werk.

Das ist eine folgenschwere Entwicklung. Die Agenten der gesellschaftlichen Moral entlegitimieren sich selbst als verändernde und gestaltende Kraft. Aus der Sicht des Publikums verlassen die Kräfte der Veränderung die politische Bühne, sie wandern aus zu den Konservativen, zu den Liberalen und den Marktradikalen, und zurück am Wegesrand bleiben die Verteidiger des Status Quo. Mögen die zeitgenössischen Betrachter des Stückes auch in vielen, ja fast allen Einzelfragen den Einsprüchen der SPD, den Appellen der Gewerkschaften oder den Sorgen der Kirchen zustimmen, so wissen sie aufs Große und Ganze gesehen doch: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Es muß sich etwas ändern. Sie wissen es - und hoffen dabei, daß sie selbst nicht alle Sicherheit und die Gesellschaft nicht ihren sozialen Zusammenhalt verlieren mögen. Sie warten auf politische und ideelle Angebote, die die notwendige Veränderung nicht verhindern, sondern sozial und ökonomisch vernünftig gestalten.

Doch dieses politische Lebensgefühl findet bei denen, die einmal die Entwicklung vorangetrieben und den Status Quo verändert haben, keinen Anker mehr. Diese gleichen vielmehr zusehends dem Chor der schwarzen Weiber in der griechischen Tragödie: Sie sehen das Unheil kommen, warnen und klagen und jammern und das alles auf durchaus prophetische Weise, aber jeder weiß, sie werden nicht in die Handlung eingreifen, und sie werden das Drama auch nicht aufhalten. Diese Selbstentmächtigung der klassischen Träger der gesellschaftlichen Solidarität könnte, wird sie nicht aufgehoben, eine sehr viel nachhaltigere Veränderung der Gesellschaft bedeuten als diese oder jene Kürzungen in den Sozialhaushalten, mit denen ja zum einen nicht immer gleich die soziale Welt zusammenbricht und die zum anderen irgendwann auch wieder modifiziert werden können. Wenn eine Gesellschaft aber erst einmal die Sprache der Solidarität verloren hat, wird sie sie so schnell nicht mehr finden.

Knappheit jenseits finanzieller Ressourcen

Bei der gegenwärtigen Debatte stehen sich zwei Parteien gegenüber, die sich heftig bekämpfen und die doch von sehr ähnlichen Annahmen ausgehen. Die einen kürzen und streichen in Zeiten knapper Kassen so gedankenlos, wie sie in guten Zeiten gegeben und verteilt haben. Eine Vorstellung darüber, wie in einer veränderten Welt Solidarität festgehalten, aber anders organisiert werden könnte, ist nicht erkennbar. Sie folgen einer finanziellen, nicht

einer sozialen Logik. Die anderen leisten Widerstand gegen jede Änderung und verteidigen jede „soziale Errungenschaft“, ohne sich zu fragen, ob und wie sich die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert haben, die früher einmal genau diese Ausprägungen der Solidarität sinnvoll und vernünftig gemacht haben. Auch sie folgen im Grunde einer finanziellen, nicht einer sozialen Logik, auch bei ihnen ist kein Bild von einer Gesellschaft sichtbar, die in veränderten Zeiten den Anspruch auf Solidarität gerade dadurch beglaubigt, daß sie sie auf neue Weise und in anderen Formen verwirklicht.²

Beide Seiten, die gegenwärtig gemeinsam das Stück „Abbau oder Umbau des Sozialstaates“ aufführen, folgen einem Drehbuch, das von *einem* Autor einer früheren Zeit geschrieben sein könnte und dessen Cantus firmus immer wieder lautet: knapp und ein Problem sind die finanziellen Ressourcen der Solidarität. Also laßt uns sehen, wo wir einsparen oder umverteilen oder neue finanzielle Quellen erschließen können. Vorhanden hingegen und unproblematisch sind die sozialen und die mentalen Ressourcen der Solidarität. Auf sie kann man jederzeit und beliebig zurückgreifen, um soziale Probleme zu lösen oder den „Abbau des Sozialstaates“ zu verhindern. Also laßt uns sehen, wie wir wieder die kulturelle Hegemonie gewinnen, die Mehrheiten verändern, die Gewerkschaften und die Gesellschaft richtig mobilisieren. Doch genau diese Annahme: „die finanzielle Knappheit ist das eigentliche Problem“, könnte sich als der große Irrtum erweisen. Es könnte ja sein, daß die künftige Gesellschaft mit zwei Arten von Knappheit zu kämpfen hat: Die finanziellen Ressourcen der Solidarität werden weniger und/oder wandern aus, und die gesellschaftlichen und geistigen Ressourcen der Solidarität zerbröseln und rinnen wie schlechter Zement aus den Fugen des scheinbar so stabilen sozialstaathchen Gebäudes heraus.

Solidarität durch Ausgrenzung

Man kann es auch so sagen: Internationale Entwicklungen, vor allem die Globalisierung, führen dazu, daß das Angebot an (auch qualifizierter) Arbeit weltweit wächst. Der technologisch bedingte Strukturwandel hat zur Folge, daß die Nachfrage nach Arbeit in den alten Industrieländern abnimmt: Was aber ist mit jenen, die scheinbar nicht gebraucht werden? Wie verhindern wir deren Ausgrenzung? Wie sichern wir die Solidarität jener, die zu den Gewinnern der Globalisierung gehören, die Solidarität der Tüchtigen, der Smarten und der Glücklichen? Solidarität ist teilbar. Nicht nur im Norden Italiens wächst eine neue „Solidarität“ heran. Sie gründet nicht auf gemeinsamer Geschichte, nicht auf einer gemeinsamen ethnischen Zugehörigkeit, nicht auf einer gemeinsamen Klasse oder Rasse und schon gar nicht auf einer universalen sozialen Moral, sondern auf der einfachen und einprägsamen Tatsache, daß es den einen ökonomisch besser geht als den anderen und daß sie wollen, daß es möglichst lange so bleibt. Es gibt Formen der Solidarität, die andere ausschließen, ja die sich gerade durch Ausgrenzung definieren. Es gibt die

² Warnfried Dettling, Solidarität neu denken. Über Grundlagen, Ziele und Methoden des Sozialstaates in einer veränderten Welt, in: Werner Fricke (Hrsg.), Jahrbuch Arbeit+Technik 1995, Bonn 1995, S. 100-111.

Solidarität der einen auf Kosten der anderen. Jede Stadt in Lateinamerika, viele Städte in den Vereinigten Staaten zeigen anschaulich, was gemeint ist. Deutschland, du hast es besser? Gewiß doch. Aber auch hier werden sich bald unangenehme Fragen stellen. Sie betreffen die Bedingungen der Möglichkeit der Solidarität in einer veränderten Welt. Es ist ja durchaus denkbar, daß ein runderneueres Deutschland sehr erfolgreich am globalen Spiel teilnimmt, daß eine Minderheit der Gesellschaft hierzulande auf höchst produktive Weise in der internationalen Arbeitsteilung so viel an wirtschaftlichen Werten schöpft, daß alle davon ein zivilisiertes Leben führen könnten. Dann stellen sich „nur“ noch zwei Fragen: Kann man einfach so davon ausgehen (oder, wenn nicht, wie kann man es wahrscheinlicher machen oder gar sicher stellen?), daß die deutschen Elite-Samurais der globalisierten Wirtschaft, die „symbolischen Analysten“, wie Robert Reich sie nennt, aber auch viele der neuen Facharbeiter nicht einfach scharenweise aus der gemeinsamen Solidarität aller desertieren und nur noch die Solidarität mit ihresgleichen im Sinn haben? Es könnte ja sein, daß künftig nicht nur das Kapital, sondern auch die Arbeit auf der Flucht aus der Solidarität ist; daß viele, die einmal zu den Stammebelegschaften der alten Solidarität gehört haben, die früher einmal treue Mitglieder der Gewerkschaften und verlässliche Wähler der SPD waren, ihre alte Loyalität aufkündigen und nicht nur das Mitgliedsbuch zurückgeben, sondern auch ihre Verpflichtung, Teil des sozialen Ganzen zu sein. Und was dann? Und schließlich die zweite Frage: Wie kann man auch jenen, die zu den Verlieren gehören werden, das sichere Gefühl geben, dazu zu gehören, gebraucht zu werden? Sozialer Respekt (und das meint mehr und anderes als einen Wohlfahrtsscheck) ist eines jener Menschenrechte, die eine Gesellschaft auch ihren schwächsten Mitgliedern schuldet.

Es ist nicht weiter schlimm, daß diese Fragen noch keine Antwort gefunden haben. Schlimm ist allerdings, daß sie in der öffentlichen Debatte kaum thematisiert werden. Sonst müßte man über ganz andere Fragen reden und streiten und nicht nur über Ladenschluß, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung. Wie müßte ein Sozialstaat organisiert sein, der die gesellschaftlichen Reserven an Solidarität nicht einfach voraussetzt und verbraucht, sondern sie immer wieder erneuert? Müßte sich die Sozialpolitik nicht viel mehr an der Leitidee orientieren, daß nicht nur die einen, die darauf angewiesen sind, Solidarität erhalten und verbrauchen können, sondern daß es auch wahrscheinlich bleibt, daß die ändern, die Solidarität geben und bezahlen (müssen), dies auch weiterhin tun werden? In dieser Perspektive gewinnt, beispielsweise, das Prinzip der Gegenseitigkeit („Wer in Not ist, hat Anspruch auf Hilfe der Gemeinschaft. Wer von der Gemeinschaft etwas bekommt, hat die Pflicht, nach Kräften etwas zurückzugeben“) eine ganz andere Begründung und Bedeutung.³ Dann müßte dieses Prinzip nicht länger als „Zwangsarbeit“ diffamiert, es könnte als *ein* Vehikel begriffen werden, das die Solidarität auch

³ Das Prinzip der Gegenseitigkeit begründet Daniel Yankelovich in seinem Beitrag „Reziprozität“ in: Wamfried Dettling (Hrsg.), Die Zukunft denken. Neue Leitbilder für wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln, Frankfurt/M. 1996, S. 69-93.

durch schwierige Zeiten tragen könnte. Und warum gehören die alten Agenten der Solidarität nicht zu den treibenden Kräften mit dem Ziel, die in Deutschland besonders tiefe Kluft zwischen den Ins und den Outs, zwischen denen, die dazu gehören und denen, die draußen bleiben, mit unkonventionellen Vorschlägen zu überbrücken? Warum formiert sich keine soziale Bewegung, die sich dafür einsetzt, niedrige Lohneinkommen durch Sozialeinkommen so zu ergänzen, daß möglichst wenige ausgegrenzt und möglichst viele einbezogen werden, ohne daß working poors entstehen, also Leute, die zwar arbeiten, davon aber weder sich noch eine Familie ernähren können und dann als soziale Zeitbomben die Gesellschaft destabilisieren? Wer über diese und ähnliche Fragen nur im Stil der *Social Correctness* diskutiert, leistet der Idee der Solidarität auf Dauer einen schlechten Dienst.

Die Zukunft der Solidarität: Nötiger, aber auch unwahrscheinlicher

Verschiedene Entwicklungen führen dazu, daß Solidarität im 21. Jahrhundert nötiger, aber auch unwahrscheinlicher werden wird als je zuvor. Die alten Orte und Schauplätze der Solidarität, von der Familie bis zum Betrieb, von den Kirchen und ihren Milieus bis zu den Parteien, verlieren an gesellschaftlicher Bedeutung, und die neue *Unterklasse* hat mit den Proletariern des 19. Jahrhunderts nur noch den Begriff gemeinsam, nicht mehr deren Konflikt- und Organisationsfähigkeit, nicht mehr das Droh- und Störpotential, nicht mehr die homogenen Interessenlagen der einstmals Ausgebeuteten und Entrechteten. Kein Bebel wird einem Bismarck mehr mit sozialen Unruhen drohen und so den Sozialstaat auf den Weg bringen. Kein Konservativer oder Liberaler wird soziale Reformen *deshalb* voranbringen, um eine soziale Revolution zu verhindern. Kein Kommunismus wird mehr auf dialektische Weise dafür sorgen, daß die demokratischen und marktwirtschaftlichen Systeme auch sozial immer attraktiver werden, und kein wirtschaftliches Wachstum wird es mehr geben, das im alten Sinne Arbeit für alle und Wohlstand für alle beschere könnte. In Zukunft muß sich Solidarität voraussetzungslos, aus sich selbst heraus begründen. Wird es dazu kommen oder wird die Entwicklung stecken bleiben?

In seinem neuen Buch „Selbstbefragung und Erkenntnis“ hat der Wirtschaftstheoretiker Albert O. Hirschman die Frage aufgeworfen: Wie kommt es, daß Veränderungen in den Köpfen und in Politik und Gesellschaft nicht geschehen, obwohl sie doch eigentlich offensichtlich sind.⁴ Hirschman hat vor wenigen Jahren die „Rhetorik der Reaktion“ bloßgestellt mit der Absicht, gegen die neokonservative Bewegung in den USA und in Europa anzukämpfen, und er hat bei dieser Gelegenheit auch gleich die progressive Vorstellung kritisiert, daß sich alles Gute und Fortschrittliche miteinander vertragen. Jetzt brütet er über dem Syndrom des Steckenbleibens: Wie kommt es, daß es nicht mehr weitergeht, politisch, gesellschaftlich, kulturell? Er vermutet, daß gerade die früheren Erfolge bei den notwendigen Übergängen

4 Albert O. Hirschman, *Selbstbefragung und Erkenntnis*, München/Wien 1996.

hinderlich sind. Eine Gesellschaft wie die amerikanische, die die persönliche Verantwortung und die individuelle Freiheit besonders hoch bewertet hat, tut sich jetzt schwer, gemeinsame Solidarität und soziale Freiheiten zu denken und zu praktizieren. Und Gesellschaften, die auf dem Fundament der Erwerbsarbeit ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und an sozialem Zusammenhalt organisiert haben, tun sich jetzt schwer, Solidarität neu zu denken und den Sozialstaat und eine Wohlfahrts-gesellschaft auf einer anderen Grundlage zu organisieren.⁵

In dramatisch veränderten Zeiten läßt sich Solidarität nicht mehr (nur) in alten Schläuchen konservieren. Die notwendigen Reformen müssen mit einer ehrlichen Analyse der Lage beginnen. Wenn Vollbeschäftigung zur Illusion wird in dem konkreten Sinne, daß nicht mehr alle und bald auch nicht mehr die meisten auf *einer* vollen, „normalen“ und kontinuierlichen Erwerbsarbeit ein ausreichendes Einkommen und eine ausreichende soziale Sicherheit begründen können, dann stellt sich vor allem anderen die zentrale Frage, ob nicht beitragsfinanzierte soziale Arbeitnehmerrechte durch steuerfinanzierte soziale Bürgerrechte ersetzt werden sollten. Dann läßt sich auch nicht länger der Frage ausweichen, ob die kollektive Sicherung des Lebensstandards eines Arbeitnehmers das vorrangige Ziel der Sozialpolitik sein kann und sein soll. Nur wenn sie diese und andere Fragen enttabuisieren, werden die klassischen Träger der Solidarität wieder an gesellschaftlicher Legitimation zurückgewinnen.

⁵ Warnfried Dettling, Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft. Gütersloh 1995.